

Konferenz der Großstadtjugendring München 2010

„Aktuelle Herausforderungen für die historisch-politische Jugendbildung“

Referat

Prof. Dr. Klaus Ahlheim (Berlin)

„Was sollen Jugendliche lernen?“

Mit dem Thema, an dessen Formulierung ich ja beteiligt war, habe ich es mir, vielleicht auch den jungen Zuhörern, nicht einfach gemacht. Wo Jugend, wie heute Abend, Regie führen und ihre Erkenntnisinteressen im Blick auf das NS-Dokumentationszentrum vortragen, festhalten soll, mag mein Thema nach vorgeschalteter Besserwisserie klingen, offenbart es zumindest ein gewisses „Argumentationsgefälle“. Dabei haben wir Älteren selbst uns über die Jahrzehnte schwer getan mit der Erinnerung, bis zur Realisierung des Münchener Dokumentationszentrums an einem zentralen Ort der Täter hat es ja gar über sechs Jahrzehnte gedauert – solange fast auch, bis die Täter nicht mehr da waren. Wir haben deshalb allen Grund, die Probleme ernst zu nehmen, die Jugendliche und jüngere Erwachsene mit dem Erinnern an die NS-Zeit haben, an die sich persönlich ja gar nicht erinnern können.

Für junge Erwachsene, für Schüler und Jugendliche liegt die Zeit des Nationalsozialismus inzwischen weit zurück. Fragt man Gedenkstättenmitarbeiter, Lehrerinnen, Lehrer und politische Bildner nach besonderen Herausforderungen in ihrer pädagogischen Arbeit, dann formulieren sie - in großer Übereinstimmung - immer wieder die gleiche Erfahrung: Für Jugendliche und junge Erwachsene ist die Zeit des Nationalsozialismus und seiner Menschheitsverbrechen schon unendlich weit weg, soweit, „wie Karl der Große“, so hat es ein Pädagoge einmal provozierend formuliert. Junge Besucher reagieren, durchaus verständlich zunächst, mit Widerständen, wenn sie zu Recht oder zu Unrecht die Aufforderung zum Erinnern mehr oder weniger als Schuldzuweisung empfinden. „Heute Zwanzigjährigen“ zu sagen, so hat Volkhard Knigge, der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald einmal das Problem beschrieben, „sie mögen sich der nationalsozialistischen Verbrechen erinnern, heißt entweder Unmögliches verlangen oder Widerstände da auf den Plan rufen, wo dem Begriff unausgesprochen eine persönliche Schuldzuweisung eingeschrieben ist“. (Gedenkstättenfahrten S. 13) Gedenkstätten seien deshalb vor allem „Orte historischer Dokumentation und Bildung“ (ebd.)

Es geht also, bei den Jüngeren zumal, wie es Hans-Jochen Vogel einmal formuliert hat „nicht um Betroffenheit und Schuldkomplexe“, es geht „um die Frage: Lernen wir dazu?“ Aber was und wie sollten wir dazulernen und was heißt das für Jugendliche und jüngere Erwachsene im Besonderen? Ich formuliere mein Thema jetzt demokratischer: „Was sollten wir, können wir, müssen wir den Jugendlichen

sagen und was sollten Jugendliche hören (können)?“ Oder noch deutlicher:“ Was an Informationen sind wir als Eltern, Pädagogen und Politiker den Jugendlichen unbedingt schuldig?“ Über sechs Jahrzehnte nach der Nazi-Barbarei ist nämlich das Wissen über die NS- Zeit längst keine Selbstverständlichkeit mehr.

Wir haben vor einigen Jahren an der Universität Essen nach dem Wissen der Studierenden über die NS -Zeit und den Holocaust gefragt (Anmerkung Ahlheim]. Das Ergebnis war nicht unbedingt ermutigend: Was Auschwitz war, wissen zwar nur 4% der Studierenden nicht und auch das Ende des Zweiten Weltkriegs (Jahreszahl) wird noch von 91% der Befragten korrekt datiert, größere Schwierigkeiten bereitet aber schon die Frage nach dem Kriegsbeginn: Fast ein Drittel der Befragten konnten das richtige Jahr nicht angeben. 8% wussten zu den Opfergruppen nichts zu sagen, die Frage nach der sog. „Reichskristallnacht“ konnten 24% der Studierenden nicht beantworten. Mag man schon über darüber staunen, dass selbst unter Studierenden jeder Vierte nichts vom Terror der Pogromnacht weiß und beinahe jeder Dritte nicht sagen kann, in welchem Jahr der Zweite Weltkrieg anfang, so machen die Antworten auf unsere Fragen nach den Nürnberger Gesetzen und nach der Wannsee-Konferenz schon nachdenklich: Was auf der Wannsee-Konferenz geplant wurde, wussten 77 Prozent der Studierenden nicht einmal ansatzweise, und die Nürnberger Gesetze waren 71 Prozent der Befragten unbekannt.

Natürlich haben Wissenslücken zumindest auch mit mangelhaften Vermittlungsformen im Unterricht und vor allem mit Widerständen bei den Lernenden selbst zu tun, gleichwohl erscheint ein anderer Grund wahrscheinlicher für das große Nichtwissen: Das Thema Nationalsozialismus kommt in der Realität schulischen Unterrichts offenbar noch immer zu kurz. Die verbreiteten Annahmen und Klagen jedenfalls, die Schülerinnen und Schüler würden inzwischen mit Informationen über die Zeit des Nationalsozialismus fast schon „zugeschüttet“, sind empirisch nicht zu belegen, im Gegenteil. Umso erstaunlicher ist, wenn etwa, wie es hier in Bayern, wenn ich richtig informiert bin, zumindest geplant war, der Anteil der Unterrichtsstunden in der Oberstufe, die über die Zeit des Nationalsozialismus informieren sollen, noch einmal gekürzt wird. Man kann die Jugendlichen nicht einladen, im neuen Dokumentationszentrum zu lernen und zugleich den entsprechenden Unterricht kürzen. Nur im Zusammenspiel nämlich von schulischem und außerschulischem Lernort kann das Lernen über die, vielleicht auch aus der Vergangenheit gelingen. Dass solches Lernen aus der Vergangenheit durchaus möglich sein kann, haben wir in unserer erwähnten Essener Studie zumindest an einer Stelle zeigen: Studierende nämlich mit gutem Faktenwissen fordern deutlich weniger den verhängnisvollen Schlussstrich unter die NS Vergangenheit als jene Befragten, die über diese Vergangenheit kaum etwas wissen. Wissen, so könnte man sagen, führt zur Vernunft.

Was sind wir Älteren also, die Erwachsenen, die Pädagogen den Jugendlichen und Heranwachsenden schuldig? Wir sind Ihnen Informationen, wir sind Ihnen Wissen schuldig, gewiss kein fragmentiertes, isoliertes Wissen, sondern Wissen, das zur Erkenntnis führt, das zeigt, warum etwas so geworden ist, wie es ist und warum es nicht immer so werden muss, Wissen, das Strukturen erhellt, das Verstehen und

Erkenntnis mit Fakten verbindet, eigene Urteile begründen kann, möglich macht. Wir müssen Informationen bereitstellen, nahe bringen, zugänglich und didaktisch verständlich machen über die Entstehung und die Ursachen des Nationalsozialismus, wir müssen, zumal an Dokumentations- und Erinnerungsorten der Täter, zuerst und eindrücklich sagen und zeigen, wie der Terror der „ganz normalen“ Täter im ganz normalen Alltag funktionierte, und wir müssen zugleich, angesichts aktueller Geschichtslügen und -leugnungen, an die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik erinnern, permanent und penetrant..

Wir müssen dabei aber auch zeigen, wo und wie das Verbrechen beginnt. Wir dürfen über den Terror nicht isoliert berichten. Wir müssen auch informieren über die Krisenerfahrung, das Krisenbewusstsein und das Krisengerede in der Weimarer Republik, über die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Demokratiefeindlichkeit weiter intellektueller Kreise, über den anschwellenden Nationalismus und sich entwickelnden Antisemitismus schon vor 1933 und über die ökonomischen Interessen und Mächte, über die Unternehmen, Firmen und, wie es modern heißen würde, Führungskräfte und Manager, die Hitler an die Macht geholfen, die seine Politik begleitet und bis zuletzt von Zwangsarbeit, Terror und Vernichtung profitiert haben. Und wir müssen, angesichts aktueller antisemitischer und fremdenfeindlicher Vorurteile, nicht nur am Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft, unbedingt informieren über die psychischen, die inneren Dispositionen, die Menschen damals zu Tätern, zu opportunistischen Mitläufern, zu teilnahmslos Hinwegsehenden gemacht haben. Informationen über menschenfeindliche Vorurteile, über Antisemitismus vor allem, über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, über Nationalismus und Autoritarismus, eine Einstellung also in Erziehung und Politik, die stets ein klares Oben kennt, dem man folgt und gehorcht, und ein Unten, das zu folgen und zu gehorchen hat, gehören zum Kern jeder politisch-historischen Bildung. Solche Informationen müssen heute unbedingt Teil der Darstellung der NS-Zeit und NS-Verbrechen sein und reichen doch stets über das historische Beispiel hinaus.

Wir sind angesichts einer fatalen Vergangenheit und einer komplizierten Welt komplexer Zusammenhänge - das wird in der aktuellen pädagogischen Debatte um Kompetenzen immer wieder vergessen - den Jugendlichen mehr und nicht weniger Wissen schuldig, und zwar lebendiges, erschließendes, exemplarisches Wissen, Wissen, das die Frage der Macht der Interessen (auch der ökonomischen), das Konflikte nicht ausspart, sondern thematisiert. Wissen, das die Kenntnis der Fakten einschließt und doch mehr ist als die bloßen Fakten, das die Dinge erklärt und ordnet, das Zusammenhänge herstellt und so Verstehen und Handeln gleichermaßen möglich machen kann und das den Schülern und Jugendlichen zugleich Raum lässt, ihre eigene Position zu entwickeln. Solches Wissen, fördert Autonomie und Selbstwertgefühl, Wissenslernen und Erkenntnis sind eben nicht nur lästige Pflicht, sie sind gerade für die fragmentiert, zersplitterte Alltagserfahrung Heranwachsender (ganz unterschiedliche Erfahrungen in Familie, Schule, Beruf, als Konsumenten und Mediennutzer, in Freundschaften natürlich auch) wichtig und hilfreich. Und politisch-historisches Zusammenhangwissen nimmt einer oft als unüberschaubar erlebten gesellschaftlichen Wirklichkeit das Bedrohliche. Auch Denkperspektiven können

befreiend wirken, es ist besser, die Welt, die eigenen Ängste und Konflikte zu verstehen, wissend zu durchschauen, statt alles begriffslos zu erdulden. Und solches Begreifen der Dinge und der Zusammenhänge kann - der alltägliche Schulfrust lässt das Lernende wie Lehrende allzu leicht vergessen - durchaus lustvoll, ja erregend sein.

Solche Wissensvermittlung ist im übrigen nicht, wie viele unterstellen, autoritär, sondern zurückhaltend, sie respektiert die Entscheidungen und Lebenszusammenhänge der Lernenden, sie respektiert auch die Probleme der jungen Menschen mit der NS- Vergangenheit und dem Holocaust. Sie hat mit autoritativer Wissensausgießung, wie es ein Kollege einmal formuliert hat, nichts zu tun und sie hat auch nichts zu tun mit jenem immer wieder unterstellten Missionars- und Weltverbesserungshabitus der Lehrenden, die angeblich schon immer wissen, wie und wo es „langgeht“. Sie nimmt aber ganz ernst, dass wir das, was wir Älteren und Alten selbst, oft gegen innere und äußere Widerstände, oft mühsam und zögerlich an Erkenntnissen gewonnen haben, nicht für uns behalten und den Jugendlichen vorenthalten dürfen. Die Jugendlichen haben ein Recht darauf, dass wir Eltern, das wir Pädagogen und Politiker ein den Alltag, die Welt, die Vergangenheit und die Zukunft strukturierendes Wissen, das wir ganz wesentlich einem Privileg verdanken, dem fast zwei jahrzehntelangen Wissenserwerb nämlich in Schule und Studium, weitergeben. Aber, das heißt dann auch: Was die Lernenden, was die Schülerinnen und Schüler mit diesem Wissen, das wir bereitstellen, vermitteln, von dem wir sagen das, dass es wichtig ist, was sie mit diesem Wissen machen, das ist - zum Glück - dem Einfluss der professionellen Pädagogen weitgehend entzogen. Genau das unterscheidet Bildung von Indoktrination.

Das NS- Dokumentationszentrum in München, das „Braune Haus“ ist ein besonderer Erinnerungsort, ein Ort der Täter, ein zentraler historischer Ort der Naziherrschaft und -barbarei, ein Ort mit hohem Symbolwert. Aber vor den Toren Münchens, und nicht nur durch die vielen Außenlager mit der Stadt eng verbunden, lag bis zum Ende des Krieges auch das Konzentrationslager Dachau. Ich kenne die Pläne, soweit sie schon existieren, für das pädagogische Arbeiten im Dokumentationszentrum nicht, aber didaktisch wäre eine Zusammenarbeit zwischen der Gedenkstätte Dachau und dem Dokumentationszentrum München oder, bescheidener formuliert, das pädagogisch kluge Nutzen beider Orte in Schule und Jugendarbeit eine große Herausforderung, aber eine noch größere Chance - eine Chance vor allem, den analysierenden Blick auf die eiskalte Logik, auf die Organisations- und Machtstrukturen der Täter mit dem Blick auf die Opfer zu verbinden und damit schon im didaktischen Ansatz der Entkoppelung von Handlung und Verantwortung, von Tat, Folgen und Opfern, die für die moralische Indifferenz in der Moderne typisch ist (Zygmunt Baumann), zu wehren. Natürlich kann man das und wird man das am Dokumentationsort selbst schon tun, aber die Verbindung mit dem anderen Gedenk- und Lernort könnte solches Unterfangen stärken.

Eine wissenszentrierte historisch-politische Bildung nämlich ist nur verantwortbar, wenn die kluge Analyse, das Begreifen, das Verstehen, dessen, was die Täter getan und die Zuschauer geduldet haben, soweit das überhaupt möglich ist, einhergeht

mit dem Blick auf die Opfer, mit Mitgefühl und Empathie. Sie wäre sonst kalt und nutzlos. Hier hat die von Hans-Jochen Vogel zunächst zu Recht verworfene Betroffenheit dann doch ihren Platz. Empathie wiederum und Mitgefühl ihrerseits sind, sobald man den engsten Bereich intimer und persönlicher Erfahrung verlässt, stets auch eine Angelegenheit des Wissens, der Fakten, der Information. Empathie braucht, um nicht „fehlgeleitet“ oder selbstzerstörend zu werden, das Wissen über die Dinge, sie braucht Ordnung in der Flut halbwarer, falscher Informationen, sie braucht - schwer genug - auch oder besser gerade da intellektuelle Einsicht und „theoretisches“ Wissen, wo die Informationsquellen, wie übrigens in kriegerischen Konflikten regelmäßig und ganz und gar üblich, absichtsvoll und professionell abgeschnitten werden. Am Anfang des dritten Jahrtausends ist angesichts einer bedrohlich komplizierten Welt Empathie ohne ordnende Theorie oder schlichter: ohne ordnendes, einordnendes Wissen gar nicht mehr möglich. „Weinen“ braucht Wissen und Wissen braucht „Weinen“ und beides macht am Ende Bildung aus – und Handeln möglich!